

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köthen, Lützen, Pomßen, Tarchwitz, Tarchwitz a. N.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ercheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 5.—, 1/2jährlich Mk. 9.—, ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.50, Reklamazeile Mk. 1.50, Beilagegebühr pro Sonder Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Bestellungen nehmen Austräge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 106

Mittwoch, den 7. September 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung erläßt eine Rundgebung, in der die Wichtigkeit der Uniformität der Wehrmacht des Reiches verurteilt wird und alle Ausschreitungen in dieser Beziehung verurteilt werden.
- Reichstanzler Birth hielt in einer Zentrumsversammlung zu Berlin eine Rede, in der er sich scharf gegen die Reichsparteien wandte.
- Die preussischen Beamten erhalten die gleichen Teuerungszuschläge wie die Reichsbeamten.
- Der französische General Le Rond ist in Opatowitz eingetroffen und hat die Geschäfte der Interalliierten Kommission wieder übernommen.
- Bei politischen Zusammenstößen in Rostock wurde eine Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt.
- Am Montag in Genf eröffneten zweiten Tagung des Völkerverbundes nahmen 47 Staaten teil.
- Die irischen Führer haben das Angebot Englands abgelehnt und verlangen volle Unabhängigkeit ihres Landes.
- In Spanien soll angeblich wegen der Abneigung gegen den marokkanischen Krieg eine Revolution bevorstehen.
- Die persische Regierung hat den mit der britischen Finanzkommission geschlossenen Vertrag annulliert. Damit verschwindet der letzte Vertrag zwischen England und Persien. Die Mobilisation in Südpersien dauert an.

Wieder ein Krieg?

Das irische Parlament mit dem unaußersprechlichen Namen, den man in der letzten Zeit einigemal in englischen Depeschen lesen konnte, ohne daß er deswegen schon Eingang in den allgemeinen europäischen Sprachgebrauch gefunden hätte, dieses irische Parlament in Dublin hat nunmehr die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt, endgültig abgelehnt. Das ist gewiß nicht in irgendeiner Augenblickserregung, gewiß nicht unter dem Eindruck besonders scharfer Sogenlichkeiten, auch nicht unter der Einwirkung unverantwortlicher Hejapostel geschehen, sondern nach überaus langwierigen, sorgfältigen und, wie man gleichfalls annehmen muß, gewissenhaften Überlegungen erwirkt, pflichtbewußter, um das Wohl ihres Volkes im höchsten Grade besorgter Männer. Auf das berühmte letzte Wort der Londoner Regierung ist damit von der Sinneseite eine letzte Antwort erfolgt, und was nun kommen wird, dafür wird es vielleicht in aller Geschichte der Menschheit noch kein Beispiel gegeben haben. Denn Lloyd George hat selbstverständlich, während er mit De Valera und Genossen verhandelte, alle Vorkehrungen getroffen, um in dem entscheidenden Augenblick für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein. Sollte es jetzt zum Kampfe kommen, so werden die militärischen Nachmittel des Reiches sicher mit voller Kraft eingesetzt werden, um den verantwortlichen Ratgebern der Krone gedienten Willen seiner Majestät des Königs dem Widerstand des irischen Volkes gegenüber durchzusetzen. Man kann sich schon darauf verlassen, daß die Londoner Regierung diesen Krieg mit der gleichen Rücksichtslosigkeit führen wird, mit der sie allen Feinden des Reiches zu begegnen pflegt. Man kann sich aber ebenso darauf verlassen, daß das irische Parlament sich seinen Augenblick darüber im Zweifel war, was für Land und Volk der grünen Insel mit der Ablehnung der letzten Friedensvorschläge aus London auf dem Spiele stand.

Die Antwort aus Dublin geht von der Feststellung aus, daß das irische Volk keine freiwillige Union mit England anerkennen — wodurch die ganze schwache Vergangenheit des Landes mit einem Federstrich gelöscht wird — daß es vielmehr das fundamentale Recht für sich in Anspruch nehmen, sein Schicksal in freier Wahl zu bestimmen und so seine nationale Bestimmung zu verwirklichen. Was Lloyd George vorschlägt, habe lediglich den englischen Standpunkt zur Voraussetzung und werde deshalb unwillkürlich abgelehnt. Man wolle Irland nicht auf gleiche Stufe stellen mit den übrigen freien Nationen des britischen Reiches, es solle vielmehr auf dem untergeordneten Stand festgehalten werden, den es bis dahin eingenommen habe. Die britischen Dominien seien alle gegen eine Herrschaft Englands geschützt, nicht nur durch die Lage der Gesetzgebung, die ihnen Gleichheit und Freiheit verbürge, sondern auch durch Tausende von Meilen, die sie von England trennen. Irland habe weder die einen noch die anderen Garantien. Zudem sei es jetzt in zwei künstliche Staaten geteilt, von denen jeder den Einfluß des anderen untergrabe, und beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien. Irland müsse darauf bestehen, die maßgebenden Tatsachen vom irischen Standpunkt aus betrachten zu dürfen. Allenfalls würde man einen neutralen unparteiischen Schiedsrichter annehmen. Widerstand solle nur geleistet werden, wenn England seinen Standpunkt mit Gewalt unterstützen wolle. Drohungen sollten in diesem Falle unterbleiben, dann könnten durch keine Bedingungen verbindliche Bevollmächtigte zusammenzutreten, die sich zunächst über einen leitenden Grundsatz für die Entscheidung zu einigen hätten. Als solchen schlagen die Iren vor: „Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten“, eine Forderung, die die Engländer immer als eine ausgesprochen

englische Auffassung geltend gemacht hätten. Sei man mit dieser Grundlage einverstanden, dann würde Irland sofort Bevollmächtigte ernennen.

Irland hält also offensichtlich an dem Willen fest, mit England nur wie von Recht zu Recht zu verhandeln. In einer früheren Rundgebung aus Dublin war bereits von England als von einer „außerordentlichen“ Macht die Rede, was Lloyd George zwar sehr verschmähte, einen Abbruch der Verhandlungen aber trotzdem noch nicht herbeiführte. Wird er auch jetzt noch den Faden der Geduld weiter-spinnen? Zunächst ist für Anfang dieser Woche auf einem Schloß in Schottland eine Vorkonferenz anberaumt worden, an der der Kommandant der englischen Truppen in Irland teilnehmen soll. Gleichzeitig beginnen die sozialen Schwierigkeiten im Königreich sich mehr und mehr zuzuspitzen; man muß bereits in einem Vorort von London 3 D. zur Verhaftung zahlreicher Mitglieder der irischen Verwaltung schreiben, weil diese die Einziehung von Steuern unter dem Vorwand, die irischen Steuerzahler seien durch die Forderung der Arbeitslosenunterstützung erschöpft, verweigert haben. Ein sorgloses Dasein ist also der britischen Regierung im Augenblick ganz und gar nicht beschieden. Aber der Freiheitskampf der Iren verträgt offensichtlich keinerlei Verschleppung mehr. Lloyd George wird sich entscheiden müssen, ob er es jetzt zum Äußersten kommen lassen will — und kann!

Scharfe Kanzlerworte.

Eine neue Rede gegen die „Reaktion“.

Von einem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben: Als der Reichskanzler Dr. Birth sein Amt antrat, betonte er besonders, daß nun genug Reden gehalten worden seien, und daß es jetzt darauf ankomme, zu Taten überzugehen. Trotz dieser Äußerung hat jedoch gerade der jetzige Kanzler seither eine überaus große Zahl von Reden und Ansprachen zur allgemeinen großen politischen Diskussion beigelegt, und man beobachtet bei ihm, daß er in steigendem Maße die ausgesprochen parteipolitische Färbung seiner Worte bevorzugt. Nun ist es zwar nichts neues, daß ein deutscher Reichskanzler in seinen Reden eine eigene Partei sehr scharf ansieht, denn auch Bismarck ist seinerzeit mit der Fortschrittspartei Eugen Richters ebenso wenig jart umgegangen wie später Wilow mit der Sozialdemokratie. Nach der Revolution sind es wieder die sozialdemokratischen Kanzler gewesen, die den bürgerlichen Parteien der Rechten oftmals den Fehdehandschuh hingeworfen haben. Ungewohnt ist es nur, daß Dr. Birth als der Angehörige einer bürgerlichen Partei andere bürgerliche Parteien mit so heftigen Angriffen überhäuft, wie sie selbst durch den Umstand, daß wir jetzt keine Obrigkeitregierung mehr, sondern ein von der Volksvertretung gestelltes Kabinett, also eine Partei- oder doch eine auf einige Parteien beschränkte Koalitionsregierung, haben, nicht immer ausreichend begründet erscheinen. Offenbar befindet sich Dr. Birth, ein Mann von lebhaftem Temperament, infolge des schändlichen Mordes an Erzberger, noch so sehr in innerer Erregung, daß er den überparteilichen Standpunkt des Kanzleramtes zu verlassen über den Anschauungen des Parteimannes vergißt und damit vielleicht hier und da über das Ziel hinausschießt. Gerade jetzt sind alle besonnenen Politiker darin einig, daß zwar mit kräftigen Maßnahmen die gefährdete Ordnung und Ruhe des Staates gesichert werden muß, daß aber im übrigen alles getan werden muß, um die inneren Gegensätze auszugleichen und nicht noch weiter zu verschärfen. Durch allzu heftige Worte von so hervorragender Stelle aus scheint aber dieses Ziel nicht nähergerückt zu werden. Gerade wenn man mit dem Kanzler wünscht, daß möglichst bald die Staatsautorität wieder in unantastbarer Festigkeit hergestellt wird, und wenn man anerkennt, daß mancher der Vorschläge und Meinungen des Kanzlers ihre volle Berechtigung haben, muß man sich fragen, ob es im Augenblick der politischen Zweckmäßigkeit entspricht, so starke Worte zu gebrauchen. Man muß auch, wie es der Kanzler seinerzeit selbst wünschte, im rechten Augenblick zu handeln und zu — schweigen wissen. Der Ton ist es, der die Musik macht.

Wir geben im folgenden die wichtigsten Stellen der neuen Rede wieder, die der Kanzler in einer Zentrumsversammlung in Berlin hielt:

„Nachdem jetzt die Schiffe gegen Erzberger gesunken sind, darf das deutsche Volk nicht wieder ohne Hilfspfeiler bleiben. Wir wollen auf dem Wege sein. Wo immer die Reaktion ihr Haupt erhebt, wird das wertvolle Volk zur Seite sein. Die Aufgabe der heutigen Regierung muß es sein, die Quellen der heutigen Reaktion zu verstopfen. Die Leute, die sich am 9. November in die Mauseisener verflochten hatten, mißbrauchen jetzt die gegen sie errungenen Freiheiten zu politischen Verunglimpfungen. Mit dieser „Affenfreiheit“ muß aufgeräumt werden. Die schlimmsten Geher in Bayern sind gar keine Bayern, sondern Mischlinge der Reaktion, die da glauben, die Reaktion vom Norden nach Süddeutschland verpflanzen zu können. Manche Leute glauben, daß die Monarchie die Aussicht hat, wieder ausgerichtet zu werden, wenn irgend ein Prinz im Stabschefamt Parade marsch macht. Wer so agiert, der raubt unserem armen Volk das Beste: die Einheit des Vaterlandes und der Wirtschaft.“

Ein neues Gesetz.

Der Kanzler kündigte dann die Absicht an, ein neues Gesetz zum Schutze der Ehre der Politiker einzubringen. Er sagte:

„Wir brauchen ein Gesetz — und ich will mich dafür einsetzen, daß es schnell kommt — das die Ehre unserer Mitbürger, die im politischen Kampfe stehen, schützt, genau so wie das in England und anderen parlamentarisch regierten Ländern schon längst der Fall ist. Kommt ein solches Gesetz nicht zustande, so wird sich in Deutschland kein Mensch mehr finden, der unter solchen Verhältnissen politische Arbeit leistet.“

Dann verteidigte der Kanzler mit warmen Worten den Wiederaufbau des Reiches. Er sprach von dem ungeheuren Einflusse im Reich und am Tage seines Eintrittes in die Regierung seine vielen gut begabten Ausschüßratsmitglieder niedergelegt habe, um dem deutschen Volk und der deutschen Republik zu dienen. Rathenau habe dem deutschen Volk schon mehr genützt als die ganze Stabions-Gesellschaft zusammen. Eine gleich niederrichtige Hege sei auch gegen Erzberger getrieben worden, aber es sei nicht gelungen, in den schwebenden Steuerprozessen Erzberger Strafbares nachzuweisen. Der Kanzler meinte, es würde gut stehen um unser deutsches Vaterland, wenn alle ihre Steuererklärungen so gewissenhaft abgeben würden wie Erzberger. Der Reichskanzler richtete dann

scharfe Angriffe gegen das Großkapital.

Dieses habe die Zahlungen der Goldmark sehr erschwert, indem es die Abklärung der Devisen immer wieder verzögerte. In den weiteren Ausführungen verteidigte dann der Kanzler sein Programm und betonte er werde seinen Augenblick von seiner Politik abgeben und sei bereit, gegen die Reaktion alle staatlichen Nachmittel einzusetzen.

Nach dem Kanzler berichtete noch der Abg. Pfeiffer einiges aus Erzbergers politischer Tätigkeit und erwähnte u. a., daß H i n d e n b u r g Ende 1918 dem Abg. Erzberger ausdrücklich für seine Tätigkeit beim Abschluß des Waffenstillstandes gedankt habe.

Schutz der politischen Ehre.

Das Beispiel Englands.

Bei der Anregung des Reichskanzlers, die Ehre derjenigen Personen, die sich im politischen Kampfe betätigen, durch ein besonderes Gesetz in erhöhtem Maße zu schützen, hat der Kanzler selbst auf das Beispiel Englands verwiesen. In der Tat besteht in der Art der juristischen Behandlung von Beleidigungen ein Unterschied zwischen England und Deutschland. Wenn bei uns jemand durch den Vorwurf, er habe irgend etwas Unzulässiges getan, in absichtlich kränkender Form verletzt wird, so wird der Angreifer zwar auch bestraft, wenn er seine Äußerung ohne sonstige Veranlassung nur in der Absicht, den anderen zu beleidigen, getan hat. Dagegen wird die einfache Behauptung, wenn sie sich als wahr nachweisen läßt, nicht bestraft. In England geht der Schutz erheblich weiter. Da dem Angreifer dort überhaupt nicht gestattet wird, den Wahrheitsbeweis bei Privatangelegenheiten des Beleidigten zu führen, sondern es tritt ohnehin die Verurteilung ein. Eine Ausnahme bildet der Fall, daß der Beleidigte in Wahrnehmung sogenannter berechtigter Interessen gehandelt hat, und ferner der Fall, daß es sich um die Behauptung handelt, ein Beamter habe sich dienstliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen.

Wie verlautes, schweben im Reichsjustizministerium schon seit längerer Zeit Erwägungen über eine Umarbeitung der politischen Paragraphen des Strafgesetzbuchs, die sich mit dem Schutze der Verfassung und der Repräsentanten der Souveränität beschäftigen. Sie sind in ihrer bestehenden Fassung noch auf die Monarchie eingestellt und müssen naturgemäß umgestaltet werden auf den Schutz der republikanischen Verfassung, auf den Schutz der Repräsentanten der Volkssouveränität.

Schlussspiel.

Trahnenachrichten vom 6. September.

Eine Farben-Anfrage an die Reichsregierung. Berlin. Eine Anzahl von Abgeordneten hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: „Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Schriftsteller Maximilian Harden im amtlichen Auftrage der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika reise. Ist die Regierung in der Lage, zu erklären, daß sie der Reise des Schriftstellers Maximilian Harden und seinen Äußerungen völlig fernsteht?“

Besserstellung der unehelichen Kinder.

Berlin. Das Reichsjustizministerium legt Wert darauf, gegenüber verschiedenen nicht korrekten Meldungen festzustellen, daß nach der Erklärung des Referenten des Ministeriums in der Sitzung des Reichstages vom 1. Juli nicht ein Gesetz zu erwarten ist über die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, sondern ein Gesetz, das die rechtliche Besserstellung der unehelichen Kinder vorsieht.

Politische Erregung in Herford.

Herford. Angehörige des ehemaligen Infanterieregiments 15 und 55 hatten Sonntag hier eine Kundgebung geplant. Zu gleicher Zeit sollte ein Demonstrationsumzug gegen den Krieg von Kriegsdienstverweigerern und freien Gewerkschaften stattfinden. Die Parteien beider Richtungen hatten in letzter Stunde Abmachungen getroffen, daß die beiden Züge friedlich durch die Stadt marschieren sollten. Trotzdem kam es zu Zusammenstößen, als die Züge sich begegneten. Fabrikarbeiter

und Weltgottesdienst fanden nicht statt, weitere Anruhen wurden durch Verhinderung der Schuppeligen verhindert.

Ernennung eines polnischen Gesandten für Berlin.

Warschau. Dr. Georg Wabych ist zum außerordentlichen polnischen bevollmächtigten Minister und Geschäftsträger in Berlin ernannt worden. Er wird sich dieser Tage von Warschau auf seinen neuen Posten begeben.

Ein Vortrag Admirals Scheer verboten.

Romagna. Der Reichsminister des Innern hat im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen Vortrag des Admirals a. D. Scheer über die Seeschlacht am Stagerat gemäß der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten verboten. Das Verbot ist ergangen, nachdem die freien Gewerkschaften und die Arbeiterorganisationen von Romagna angekündigt hatten, daß sie den Vortrag des Admirals Scheer wenn nötig, unter Anwendung aller Mittel verhindern würden.

Der Aufstand der amerikanischen Bergarbeiter unterbricht New York. Die Federal-Truppen haben den Aufstand der Bergarbeiter von Ringe unterdrückt. Drei Infanteriebataillone gingen gegen die Arbeiter konzentrisch in mehreren Rängen vor und umgingen so die mehrere Hunderte zählenden Streikenden, die schließlich die Waffen strecken mußten. Die anderen Arbeiter ergriffen bei Annäherung der Truppen die Flucht.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Ransens Wirkungskreis.

London, 5. September.

Ransen setzte in einer Besprechung mit den Vertretern des englischen Hilfskomitees für die russische Hungersnot die Einzelheiten seines Abkommens mit der Sowjetregierung auseinander, ebenso die Pläne, die er als vom Roten Kreuz in Genf ernannter Direktor des russischen Hilfswerks ausgearbeitet hat. Die Sowjets haben Ransen alle Vorrechte und Sicherheiten angeboten, die sie Hoover gewährt haben, außerdem weitere Sicherheiten, die für einen glatten Verlauf der Unterstützungsarbeiten von noch größerer Bedeutung sind. Ransen und Hoover werden verschiedene Methoden besorgen, weil Hoover sich auf die Aufgabe beschränken will, in gewissen Zentren die Kinder zu ernähren, während Ransen sich mit den Bedingungen der Hungersnot als einem Ganzen beschäftigen wird, inbegriffen die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Sämereien und Arzneien. Ransen muß dabei in weitestgehendem Maße durch Vermittlung der örtlichen russischen Behörden arbeiten. Die Sowjets haben den Grundsatz der Beaufsichtigung durch Ransens Vertreter voll anerkannt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der deutsche Vertreter für Moskau

Geheimrat Prof. Wiedfeld, der zum deutschen Vertreter bei der Sowjetregierung in Moskau ernannt worden ist, hat sich in Begleitung des Herrn Grad, des Sachverständigen für wirtschaftliche Fragen, nach Moskau begeben. Rannmehr sollen die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetregierung offiziell eröffnet werden.

Aufhebung des Mieterschutzgesetzes.

Auf dem in Dresden abgehaltenen diesjährigen Bundestag der deutschen Mietervereine war bemerkenswert die Mitteilung des Vertreters des Reichsarbeitsministers, daß das geplante Mieterschutzgesetz dem Reichstage demnächst zugehen werde. Es werde den Grundsatz aussprechen, daß eine Beendigung des Mietverhältnisses nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen dürfe. Auch die Regelung des Verfahrens vor den Mietminderungsämtern soll auf Grund der gemachten Erfahrungen neu erfolgen.

Deutsche Passgesetze für das Rheinland maßgebend.

Die Interalliierte Rheinlandskommission hat durch eine Verordnung die bisherige Bestimmung, wonach Angehörige anderer als an der Befreiung teilnehmender Nationen und deutsche Staatsangehörige, die aus einem anderen Lande als aus Deutschland stammen, zur Einreise ins besetzte Gebiet eines von ihren heimischen Behörden ausgestellten Passes bedürfen, dahin ergänzt, daß von der heimischen Behörde ausgestellte Pass den Erfordernissen der deutschen Passgesetze zu entsprechen hat.

Kompromißpolitik.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann trat in einer Rede in Magdeburg für den Gedanken ein, daß unter den augenblicklichen parlamentarischen Verhältnissen nur eine Kompromißpolitik, eine Politik der Mitte, möglich sei und daß es ganz falsch wäre, auf einen Sturz der Rechten hinzuarbeiten, der eine Spaltung des Volkes in zwei Teile herbeiführen müsse. Weiterhin forderte er, daß die Ausprägung von Banknoten nicht mehr ohne Genehmigung des Reichstages vor sich gehen dürfe. Zur Verfassungsfrage schloß er sich namens der Partei dem Bekenntnis Raths an und sagte: „Wenn das deutsche Kaiserium zurückkomme, könne es nur kommen, berufen von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.“ Der deutsche Kaiser kann nicht der Kaiser einer Minderheit sein. Stresemann erklärte, daß er ebenso wie Rahl Monarchist sei und bleibe, aber über dem Gedanken des Bekenntnisses zur Monarchie stehe der Gedanke, daß Volk und Vaterland nicht leiden dürften durch neue Bürgerkriege, die uns zerreißten und letzten Endes nur eine Tür öffnen würden für unsere Feinde.

Reichstreue der Rheinländer.

Bei dem Besuche des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der Racherer Handelskammer erklärte der Präsident, die von einzelnen Personen ausgehenden Bestrebungen, die auf eine Loslösung vom Reich gerichtet seien, fänden hier keine Unterstützung. Vielmehr sei alles davon überzeugt, daß auch unter dem schwersten Druck das Festhalten am Reich in allen Bevölkerungskreisen Widerhall finde. Die gleiche Erklärung wurde von dem Vertreter der Gewerkschaften abgegeben, den der Minister empfing. Der Minister betonte, daß er mit Freuden von den Kundgebungen der Treue zum Vaterlande seitens der Arbeiter wie auch der Arbeitgeberchaft Kenntnis nehme.

Das Ausgleichsverfahren für Auslandsdeutsche.

Bereits früher wurde darauf hingewiesen, daß nach einem vor kurzem getroffenen Abkommen Forderungen im zwischenstaatlichen Ausgleichsverfahren bis zum 30. September 1921 geltend gemacht werden können. Damit ist denjenigen deutschen Gläubigern, welche aus irgend einem Grunde verfaßt haben, ihre Ausgleichsforderungen rechtzeitig anzumelden, Gelegenheit gegeben, das Verfaßte noch nachzuholen. Eine Geltendmachung von Ausgleichsforderungen nach dem 30. September 1921 dürfte aus-

geschlossen sein. Es liegt daher im dringendsten Interesse aller Gläubiger, nunmehr rechtzeitig ihre Anmeldungen zu bewirken.

Falsche Meldungen zum Zwecke von Börsenmanövern.

Das englische Blatt „Daily Mail“ veröffentlichte die Behauptung, im deutschen Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig eine Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen solle, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne. Diese Meldung, die auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, entbehrt nach amtlichen Feststellungen jeder Begründung. Sie ist geeignet, Deutschland aus schwerster zu schädigen und hat vermutlich die Bestimmung, irgendwelchen dunklen Börsenmanövern zu dienen.

Frankreich.

Wieder einmal die deutschen „Kriegsverbrecher“. Schwellige Worte ließ abermals der französische Justizminister Bonnevay bei einer dorrlichen Kriegesfeier hören, indem er auf die Kriegsschuldigenprozesse vor dem Leiziger Reichsgericht zu sprechen kam, insbesondere diejenigen gegen den General Sienger und den Major Crustus. Er sagte: „Frankreich hat kein Interesse mehr daran, was in Leipzig beschlossen oder nicht gerichtet werden wird. Aber es wird die Suche nach den Schuldigen und ihren Verbrechen nicht aufgeben. Es wird nicht fremden oder internationalen Gerichtshöfen die Sorge anvertrauen, sie zu richten. Es gibt Richter in Frankreich.“ — Das Vertrauen in die Unparteilichkeit der französischen Richter ist seit den Tagen des Dreyfusprozesses nicht mehr so stark in der Welt, als das man den Großsprecherern eines chauvinistischen französischen Justizministers größtes Wert zubilligen würde.

Holland.

Erleichterungen für Ausländer in Wohnungsgelagenheiten. Die Regierung gibt bekannt, daß im überseeischen Transitverkehr die Angehörigen aller europäischen Länder mit Ausnahme Australiens und seiner Nachfolgestaaten ohne niederländisches Passivum (Echtvermerk) in den Niederlanden zugelassen sind, vorausgesetzt, daß ihr Reisepaß mit einem gültigen Einreisepaß des Bestimmungslandes versehen ist. Die Reisenden können sich bis zu acht Tagen in den Niederlanden aufhalten. Falls sie aber diesen Termin überschreiten, können sie ausgewiesen werden. Neben dieser neuen Verfügung bleiben die Bedingungen in Kraft, unter welchen Ein- und Auswanderer festlicher Staatsangehörigkeit ohne niederländisches Passivum zur Reise durch die Niederlande zugelassen werden.

Spanien.

Vor einer Revolution? Von der französisch-spanischen Grenze wird gemeldet, daß mit dem Ausbruch einer Revolution in Madrid zu rechnen sei. Allenfalls im Laufe des Jahres die größte Unzufriedenheit mit den militärischen Maßnahmen gegenüber den Marokkanern geltend. Überall würden revolutionäre Umzüge veranstaltet. Besonders Unzufriedenheit erregt eine Mitteilung der Regierung, daß verstärkte Rekrutierungen in Aussicht genommen seien. Sollte Melilla fallen, so gebe es kein Mittel, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Der republikanische Geist in Spanien sei kaum mehr zu bändigen, und es sei zu befürchten, daß König Alfonso so seinen Thron verliere.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die nächste Sitzung des Reichswirtschaftsrates ist auf den 12. September einberufen worden.

Berlin. Der Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Mehrheitsfraktion) teilt mit, daß die Mitgliederzahl um 40 651 zugenommen hat und die Gesamtmitgliederzahl jetzt 1 221 000 beträgt. Bei Kriegsausbruch verzeichnete die Partei 1 065 906 Mitglieder, vor Ausbruch der Revolution 243 061.

Wien. Die Staatsbeamten und Staatsbediensteten haben wegen der Forderung neuer erhebliche Forderungen der Regierung überreicht, deren Erfüllung eine Mehrausgabe von 18 Milliarden Kronen jährlich betragen würde.

Paris. Es wird gemeldet, Abessinier hätten die Grenze Ost-Afrika überschritten und die britischen Truppen gezwungen, sich zurückzuziehen.

Panama. Der „Erzange Telegraph“ erhielt ein Telegramm aus New York, das besagt, daß unter den Eingeborenen mehrerer Provinzen der Philippinen Unruhen ausgebrochen sind.

Konstan. Das Oberste Gericht verfügte wegen der beabsichtigten Steuererhöhung in den Arbeitervereinen die Verhaftung von 30 Gemeinderatsmitgliedern. 18 sind bereits verhaftet.

Kassa. Die Szabranje hat die Aufhebung des Art. 4 des Gesetzes über die Beurteilung der für die nationale Katastrophe Verantwortlichen beschlossen. Es werden Infolgedessen jetzt keine neuen Verurteilungen mehr eingeleitet werden.

New York. Der Konsul Fernando de Soto wird in den nächsten Tagen an Bord des „George Washington“ abreisen, um das amerikanische Konsulat in Berlin zu übernehmen.

Wartet die Uniform!

Eine Regierungskundgebung für die Wehrmacht.

Berlin, 5. September.

Der Reichspräsident hat eine Kundgebung für die Wehrmacht des Reiches erlassen, in der es heißt:

Die politische Erregung der letzten Zeit hat bedauerlicherweise dazu geführt, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Derartige bedauerliche Ausschreitungen finden nur dadurch ihre Erklärung, daß die Uniform in den politischen Streit der Parteien hineingezogen wurde. Die Reichsregierung ist entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Es ist für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert.

Die Regierung muß daher von allen Kreisen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Bestreben, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu sichern, zu unterstützen. Der Soldat ist der Bürger im Waffenrock, der Vertreter der verfassungsmäßigen Wehrmacht des Reiches. Ihn als solchen zu achten, ist ein Gebot der Selbstachtung des Volkes. Die Autorität des Staats macht es der Reichsregierung zur Pflicht, Ausschreitungen gegen die Wehrmacht des Reiches und Angriffe gegen ihre Angehörigen mit den ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu begegnen.

Gleiches Recht für alle!

Sozialistische Drohungen.

Es ist erinnerlich, daß der Reichskanzler unmittelbar nach dem Erlaß der Ausnahmeverordnung vom 29. August

offen zugab, daß diese durch den Mord an Erzberger veranlaßt und in erster Linie gegen die Agitation der sogenannten Rechtssozialisten gerichtet war. Wenige Tage danach hat jedoch der Reichspräsident Wert auf die Wortstellungen eines bekannten bürgerlichen Parteiführers hin betont, daß die Verordnung selbstverständlich in gleicher Weise gegen jede Bedrohung, komme sie von rechts oder links, angewendet werden müsse. Es sind einige kommunistische Blätter, darunter der in Frankfurt a. M. erscheinende „Kommunist“, verboten worden, aber mit Erlaunen ließ man, was das führende Blatt der Reichssozialdemokraten, der „Vorwärts“, schreibt. Der Vorwärts veröffentlichte folgende

Drohung an Bayern:

„Das bisherige Verhalten der bayerischen Regierung hat die Arbeiterchaft des Reiches, insbesondere aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, veranlaßt, Schritte zu unternehmen, die im Falle einer weiteren Sabotage der Anordnungen des Reiches verwirklicht werden können. Die bayerische Regierung soll sich über den Ernst der Situation nicht täuschen, zumal die Arbeiterchaft und insbesondere die Sozialdemokratie bereit ist, alles zu unternehmen, um die Reichsbeiträge zu schützen und den Maßnahmen der Reichsregierung Nachdruck zu verleihen. Wir erlauben richtig informiert zu sein, wenn wir darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen zur Verwirklichung dieser Schritte bereits getroffen sind.“

Was mit diesen etwas dunklen Andeutungen gemeint ist, geht aus einer Meldung über eine Besprechung führender Sozialdemokraten in Nürnberg hervor, in der festgestellt wurde, daß die sozialistischen Parteien Bayerns entschlossen seien,

die Aufhebung des Belagerungszustandes durchzuführen.

Die SPD sei gewillt, hierbei gemeinsam mit der USPD vorzugehen und dadurch alle Verwirrungsversuche der Kommunisten hintanzuhalten. Auch bayerische Gewerkschaftsvertreter haben eine Besprechung über den gegenwärtigen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich gehabt. Sie wollen noch entscheidende Beschlüsse fassen, die sich auch gegen jede Sonderaktion der Kommunisten richten werden.

Wie scharf übrigens gegen politische Kreise, die man gerade nicht als „Rechtssozialisten“ bezeichnen kann, vorgegangen wird, geht aus einem

Besuchverbot des Abg. Brünninghaus

an den Reichskanzler hervor. Diefem vollspartellischen Abgeordneten war von der sächsischen Regierung verboten worden, bei einer geschlossenen Feier seiner Partei eine Rede zu halten, woraufhin die Feier unter Protest abgesetzt wurde. Er schreibt u. a.:

„Das absolute Verbot der schwarzweißen Farben und ähnlicher aufreizender Dinge“, wie die sächsische Regierung dies ausdrückt, gibt mir Veranlassung, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß schwarzweißrot die amtlichen offiziellen Farben der deutschen Schiffsahrt sind. Schämt man sich vielleicht dieser auf den deutschen Schiffen wehenden Farben? Weht jegliches Verständnis dafür, daß mit dieser Behandlung der Flaggenfrage bei der seelichenden Bevölkerung nur Erbitterung ausgeht werden kann? Er bittet dann um Auskunft, ob das Verhalten der sächsischen Regierung in Einklang zu bringen ist mit den Wünschen, die der Erlaß des Herrn Reichspräsidenten verfolgt.

Arbeiter und Angestellte.

Saarbrücken. (Stilllegung der Köhlingwerke.) Die Arbeiter der Köhlingischen Eisen- und Stahlwerke in Köhlingen sind in den Aufstand getreten. Am 13. August hatte die Firma am September einen Abbau der Zöhne angekündigt, gegen den die Arbeiterchaft protestierte. Ebenso lehnte sie den Vermittlungs- und Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ab. Die Direktion der Werke hat darauf mit der Auslieferung der gesamten Arbeiterchaft und mit der Schließung des ganzen Werkes geantwortet.

Gegen die übermäßigen Fleischpreise.

Einrichtung von Gemeindeverkaufsstellen.

Entgegen allen Voraussagen aus den beteiligten Erzeuger- und Handelskreisen hat die Freigabe der Fleischwirtschaft keinen fernenden Einfluß auf die Preise des Fleisches im Einzelverkauf gehabt. Im Gegenteil, vielfach wird heute mehr gefordert als vom Schleichhändler in vergangenen Tagen. In preussischen Regierungskreisen beugt man die Hoffnung, mit den soeben beschlossenen Maßnahmen beruhigend auf die Erregung wirken zu können, die sich in weiten Kreisen ob der andauernd überaus hohen Fleischpreise bemerkbar gemacht hat. Von dem preussischen Staatskommissar für Volksernährung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, festgestellt worden, daß trotz des in Folge der Weib- und Futtermittelverknappung erhöhten Auftriebes von Schlachtvieh und des dadurch bedingten Sinkens der Viehpreise die Kleinverkaufspreise für Fleisch vielfach einen ungerechtfertigt hohen Stand behauptet haben. Um der ersten Gefahr, welche die ungerechtfertigte Preissteigerung für die Volksernährung und Volksgesundheit bedeutet, zu begegnen, hat der preussische Minister des Innern an die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

Die bereits in dem Erlaß des preussischen Staatskommissars für Volksernährung vom 25. August d. J. behandelte unnatürliche Spannung zwischen den Landviehpreisen und den Fleischverkaufspreisen bedeutet eine so ernste Schädigung und Erschwerung der Volksernährung, daß eine Befreiung des Mißstandes mit allen Mitteln angestrebt werden muß. Frühere Erklärungen haben gezeigt, daß ein Eingreifen der Kommunalverbände unter Umständen preisregulierend wirken kann. Zunächst kommt dabei die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen in Betracht, dann aber wird zu erwägen sein, ob nicht durch den Abschluß von Viehlieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie durch Einrichtung einzelner städtischer Fleischverkaufsstellen ohne Schädigung des realen Handels unberechtigt hohe Fleischpreise herabgedrückt werden können.

Die Regierungspräsidenten sollen sich sofort mit den Handelskammern ins Einvernehmen setzen, um zu prüfen, wo ein derartiges Vorgehen der Kommunalverbände angebracht erscheint. Gegebenenfalls ist auf Landkreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die im Interesse der Volksernährung zur Befreiung des Mißstandes erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch bei der Durchführung dieser Maßnahmen wird eine Fühlung mit den Handelskammern empfohlen.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 6. September 1921

Wertblatt für den 7. September.

Eonnenaufgang 5¹¹ | Mondaufgang 11¹⁰ A.

Eonnenaufgang 6¹¹ | Monduntergang 9¹¹ R.

1714 Ende des spanischen Erbfolgekrieges durch den Frieden zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. — 1902 Bildhauer Louis Tuillon geb. — 1902 Komponist Franz Wöllner oet.

Neue Knornd

1. Oktober ab wird als 1000 Hauptanrichter. In der in bühnengeleg zu ente von 20 Mark mit e führung des R a ch zeit werden fünfzig Gebühren, sondern erhoben. Auch in Teilnehmer verläßt gerichtet werden, in der Kosten verpflich ist die Telegraphen sprache nach einer un g d e r B e r t r i e b e s e r f o r d e r t in der Presse schon werden, daß Ferns meinen Verkehr d für P l a u d e r e i

August Ferdinand umgeben von den Sein wachmelter Ferdin rdt deutscher Befinnung weniger noch, die in de Erbeind kämpften. U holler Weise dem Vat hohen Auszeichnungen brachte ihm wohl man nher fand, wählte ihn er den heiligen Geist, Chremann in des Mo Andenken wird von alle Woge er sankt ruhen.

— Raunhof. C die es gibt, wird morg Paul S e b a i d w e r d e t r i e b & K o p f u n d W i r g r a d u i e n d e m 3 u n d a l l s e i n e m M i t g l i e d e r

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

— Staudt. W K ä m m e r d a s C h e p a r S o c i e t e t. D i e S c h u l k i n überbrachten dem Jubel werten Paare noch ein

— Raunhof. W d o h d i e H a u s f a m i l i e m a l k o l l e n s t a n d e n, e r g e b e n h a t.

— Wilmga. M o g V e r a n l a s s u n g d e r S c h u l s c h l i e ß e n.

aller Schärfe unnachlässig vorgegangen. Die zum Spiel benutzten Räume werden versiegelt und dann sofort dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Außerdem haben sich diese Wohnungsinhaber wegen Verhinderung vor dem Strafrichter zu verantworten. Es bleibt jetzt auch nicht bei Strafbeschlüssen, sondern es wird durchweg zu einem Gerichtsverfahren kommen, das wohl nicht selten mit Verurteilung zu Freiheitsstrafen enden wird.

Bermischtes.

▲ Die schlimmen deutschen Hühner! Im Rathaus von Compiègne in Frankreich fand eine außerordentliche Sitzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Departement Oise statt. In dieser Sitzung wurde die eigenartige Anwesenheit der deutschen Hühner behandelt, deren Anwesenheit mit dem Ausbruch einer geheimnisvollen Seuche unter dem Geflügel zusammenhängt. Bei einem Hühner zum Beispiel, der 30 deutsche Hühner erkrankt, starben 130, und 250 Hühner mussten notgeschlachtet werden. Aber auch, wo die deutschen Hühner hingebracht werden, tritt diese Krankheit auf, verschont aber alle Stellen, an denen kein deutsches Geflügel untergebracht ist. Offenbar sind die schlechtesten Bedingungen auf dem Transport die Veranlassung zu dieser geheimnisvollen Krankheit gewesen, aber die Franzosen stellen sich so, als glaubten sie, die deutschen Hühner seien abschließend infiziert.

▲ Die boykottierte Trauermusik. Die Unbuddsamkeit, die die amerikanischen Arbeiterorganisationen kennzeichnet, hat sich kürzlich in Chicago, gelegentlich der Beerdigung eines angesehenen Mitgliedes der dortigen tschechoslowakischen Kolonie, in einer selbst für amerikanische Verhältnisse ungewöhnlichen Form gezeigt. 52 Automobile, in denen außer den Leidtragenden die Vertreter der städtischen Behörden saßen, bildeten den Leichenzug. Im Augenblick aber, als dieser sich in Bewegung setzen wollte, kam es zwischen den Chauffeuren und der Musik, die an der Spitze des Zuges marschierte, zu einem schweren Konflikt. Das Musikorchester bestand aus einer böhmischen Kapelle, die sich aus nichtorganisierten Musikern zusammensetzte. Als der Zug auf den Leichenzug gehoben worden war, und die Musik einen Trauermarsch anstimmte, weigerten sich die Chauffeure, weiterzufahren, mit der Begründung, daß sie mit „gelben“ Musikern nicht zusammenarbeiten könnten. Sie begannen sofort mit den Hupen der Automobile eine Regenmusik, um die Klänge des Trauermarsches zu überdecken. Einer der Chauffeure ließ sich sogar hinreichend, mit einem kräftigen Fußtritt die große Waule zu zertrümmern. Wer weiß wie weit die Dinge noch gediehen wären, wenn nicht einer der Leidtragenden auf den glücklichen Gedanken gekommen wäre, dem Leiter des Musikorchester die doppelte Summe des vereinbarten Honorars zu geben, unter der Bedingung, daß die Musiker ihrer Wege gingen. Er konnte sich endlich der Leichenzug in Bewegung setzen allerdings ohne musikalische Begleitung.

▲ Feuerfestes Holz. Nach mehr als zwei Jahrzehnten dauernden Versuchen, die in Amerika begonnen und in England fortgesetzt wurden, ist es jetzt gelungen, Bauholz sowohl wie auch Stammholz feuerfest zu machen. Man verfuhr dabei so, daß man vor allen Dingen alle Luft und Feuchtigkeit, die sich in den Holzfasern befand, heraustrieb. Dann wurde das Holz unter hydraulischen Druck mit einer Lösung von Antipyrin durchtränkt, so daß alle das vorher luft- und feuchtigkeitgefüllte Holzgewebe nunmehr ganz von dem Antipyrin durchsetzt war, worauf man das Holz gründlich trocknete. Während dieses Trocknungsprozesses verwandelt sich die Antipyrinlösung alsbald in ganz kleine Kristalle, und diese Kristalle sind es, die dem Holz den Brandschutz verleihen. Sie besitzen nämlich die Eigenschaft, sich bei der Verührung mit Feuer sofort auszudehnen, daß sie das Holz mit einer völlig undurchlässigen Hülle umgeben.

Turnen, Spiel und Sport.

Sauturnfahrt mit volkstümlichem Wettturnen nach Grimma, 4. September 1921.

Was das im Juli abgehaltene Kreisturnfest in Dresden für ganz Sachsen war, nämlich ein gemeinsames Auftreten aller Turner und ein Wettkampf der Besten, sollte ein Zeugnis für den Wert und Stand der Turnkunst, das sollte im kleinen für unseren Mittelmeulen-Turngau eine Turnfahrt nach Grimma werden. Da nun aber nicht alle Umgebungen in ein paar Vor- und Nachmittagsstunden vorgeführt werden können, galt es, sich zu beschränken. Mit größerem Gewinn waren die wichtigsten und zugänglichen Umgebungen aus dem großen Kreis herausgenommen und eine Turnordnung aufgestellt worden, die gleichermäßen den Turnern wie den Wünschen der Zuschauer entgegenkam. Nachdem am Sonntag Morgen aus allen Richtungen, von Nord und Süd, West und Ost, die Turner und Turnerinnen dem Ziele, dem Sportplatz in Grimma, angelockt waren, entwickelte sich dort alsbald regster Turnbetrieb. Den Anfang machten die Turnerinnen mit Sieben- und Vierkampf. Es traten 50 Wettkämpferinnen an, die zum Teil recht gute Leistungen erzielten, jedoch eine große Anzahl von ihnen sich Preise errang. Während dieser Kämpfe ging der Einzelkampf im Steinhof vor sich. Bald darauf traten 430 Turner aller Altersklassen zum Dreikampf im Augellochen, Laufen und Hochspringen an. Gegen 1/2 Uhr war dank der umsichtigen Vorarbeit des Sauturnwartes Feldmann und dem ineinander greifen aller Helfer und Kampfrichter die Vorbereitungsarbeit erledigt. Vor 2 Uhr versammelten sich die Turnfahrer bei der Sauturnhalle und ordneten sich zum Zuge durch die Stadt, hieran waren rund 650 Personen beteiligt. Auf dem Sportplatz wurde sogleich zu den allgemeinen Freilübungen angeordnet, die, obwohl sie leicht waren, gerade deshalb gut gelangten, weil alle Turner sie beherrschten. Weiterhin folgten noch 400 Meter-Läufe, Freilübungen der Turner, Keulenübungen der Turnerinnen, ein äußerst geschickter Ballreigen u. a. Aber auch das Berühmteste zum Dreikampf im Augellochen, Laufen und Hochspringen am Nach, Barren und Pferd zeigten die Besten des Gauzes, wozu regelmäßig Turnen von Jugend an den Körper beidseitig. Gegen 1/8 Uhr konnten die Sieger verkündet werden. Nachher führte Sauturnwartreiter Birnbauer mit markigen Worten aus, er und alle Beteiligten können mit Freude auf den heutigen Tag zurückblicken. Er mahnte die Zuhörer, jederzeit an die Pflichten zu denken, die sie als deutsche Turner übernommen haben. Wenn alle jederzeit ihre Pflicht erfüllen, gegen sich, Beruf, Familie und gegen das Vaterland, dann werden alle die Befriedigung in sich fühlen, die allein uns glücklich macht. Ein dreifaches Gut Heil auf die Sieger, die Turnkunst und das deutsche Vaterland beendete die Turnfahrt und die Wettkämpfe, die sich insolge sonnigen Wetters auch einer vortrefflichen, in mehreren Reihen den Platz umlaufenden Zuschauermenge erfreuten.

Im Einzelkampf errang im Steinhof Herr Paul Böhm aus Naunhof den ersten Preis. Ferner konnten sich Fräulein Frieda Kiehl im Siebenkampf und Kurt Peterhansel im Dreikampf einen Preis erringen.

S. B. N. I — Naunhof 18:2 (2:1).

Unter Hochmuts (Sportuna Leipzig) sicherer Leitung konnte die 1. Mannschaft am Sonntag ihr 2. Verbandsspiel gewinnen. Der

Spielverlauf war folgender: Naunhof hat Anstoß und verlegt das Spiel zunächst in die Hälfte des Gegners. Bereits in der 7. Min. kann Scheller eine Flanke des Linksaußen zum 1. Tor verwandeln. 5 Min. später gelang es Naunhof infolge eines Fehlers der Verteidigung und des Torwarts auszugleichen. Das Spiel wird jetzt offener. Alle Angriffe der Außenläufer werden von der Verteidigung des Gegners unterbunden, resp. kann der Innenstürmer wegen fehlendem Schußvermögen die Chancen nicht ausnützen. Gumbmann gelingt es, kurz vor Halbzeit durch gutes Nachsehen das 2. Tor zu schließen. Nach Seitenwechsel spielt sich der Kampf fast ständig in Naunhofs Spielhälfte ab. Ein plötzlicher Angriff des Gegners bringt den Ausgleich. Bei einem richtig zurückgegebenen Ball läuft Wilde zu spät aus dem Tor heraus; sein Stoß prallt von Naunhofs Halbkreis ins Tor. Naunhof klappert jetzt völlig zusammen. Trotzdem kann Naunhof nur noch einmal erfolgreich sein (Gumbmann), da der Innenstürmer infolge Ueberkombination sich bei der vielbeinigten Verteidigung des Gegners nicht durchsetzen kann. — Bei Naunhof waren die Außenläufer, Mittel- und linker Flügel gut. Der Innenstürmer, hauptsächlich Mitte und rechts, kombinierte zu viel, der Mittelstürmer verlag dabei öfters die linke Seite mit Wälden zu denken. In der Verteidigung war der rechte der bessere. Dem Torwart schloß es öfters an Entschlossenheit beim Eingreifen.

Die übrigen Resultate waren folgende:

Naunhof II gegen Naunhof I 2:4 (2:2)
Naunhof I. Zgd. gegen Holzhausen I. Zgd. 1:0 (0:0)
Naunhof II. Zgd. gegen Grimma II. Zgd. 1:1 (0:1)
Naunhof I. Anaben geg. Rajenpiele-Opag. I. Anaben 3:0 (1:0)
(Die Tore schossen Schlapf, Hermann und Böhm).

Kirchenmusikanten.

Lebend. am 6. Sept. nachmittags 8 Uhr Bibelbesprechung (Bl. 10.) im Konfirmandensaal.

...Mühle Lindhardt...



Donnerstag
großes Streichkonzert
(Feingewähltes Programm). Darauf folgend der
beliebte Eliteball.

Das Konzert findet bei zu kühlem Wetter im Saale statt.
Sonntag Hausertedankfest mit Ball.

Sportverein Naunhof

II. Herren-Mannschaft
Heute
Dienstag
abend
7.30 Uhr
im Vereinslokal



Mannschaftsabend...

Erscheinen sämtlicher Spieler der II. Mannschaft unbedingt erforderlich

Deutscher Beamtenbund

Ortsgruppe Naunhof.
Mittwoch, 7. Sept. 8 Uhr

Versammlung.

Stadt Leipzig.
Wichtige Besprechung.
Der Vorstand.

Kettig-Birnen

Pfund 50 Pfennig
verk. Schneldor, Badergasse 2.

Starke Ferkel

gute Fresser
sind zu verkaufen.
Teichert, Breitestraße 6.

1 gute Melkziege

zu verkaufen.
Markt 8.

Gänse, Hühner u. Hähnchen

zum Schlachten, sowie junge Hühner, echte Plüschhühner, mouth-Rocks zu verkaufen.
Erdmannshain früher Windmühle.

Bitte ebedenkende Herren um Billige Abgabe einer abgetragenen Hose. Adressen unter „H. W.“ an die Exp. ds. Bl.

Der ehrliche Findex

meines Portemonnaies wird ersucht, die Quittungen und Zuckerkarten letztere mit meinem Namen, nach Langestraße 60 part. zu schicken.
Frau Plesberger.

Kaufe

Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Felle.
Zahle sehr hohe Preise. Metalle.
Herm. Schütte
Gartenstraße 5 (bei Linus).
Auf Wunsch hole selbst ab.

Villengrundstück

zu kaufen gesucht.
Zu erfragen
Hotel Stadt Leipzig,
Naunhof.

Anlässlich des Brandes am 2. Sept. in Albrechtshain fühle ich mich verpflichtet, der Feuerwehr Erdmannshain sowie allen denen, die mir hilfreich zur Seite standen, meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Mag Geißler.

Die Verlobung ihrer einzigen

Töchter Hertha und Paul beehren sich anzuzeigen

Ingenieur
Paul Förster u. Frau
Erna geb. Müller

Theophil Lohmann
u. Frau Emma geb. Sonnemann

Naunhof-Leipzig
Bismarckstraße 6
5. Sept. 1921
Villa Hertha

Hertha Förster
Paul Lohmann
Verlobte

Dreifarbige junges Kätzchen

entlauf. Abzug. i. Ratskeller.

Al. Breithardt

in Weiß- oder Leipzigerstraße verloren. Bille abgeben
Langestraße 3.

Sachs. Militär-Verein zu Naunhof.

Zur Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden
Herrn Gen. Brig.
Morgenstern

stellt d. Verein mit Fahne Gewehrabteilung u. Musik am Mittwoch, den 7. ds. M. 1/3 Uhr im Ratskeller.
Zahlr. Beteiligung erb. D. V.

Heute früh verschied sanft, in Gott

ergeben, mein guter Mann, unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater u. Onkel der

Gendarmerie-Oberwachtmeister a. D.

Aug. Ferd. Morgenstern

im 76. Lebensjahr.
NAUNHOF, den 5. Sept. 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. September nachm. 3 Uhr von der Behausung aus statt.

Ne

Albrechtshain, A
Dieses Blatt

Erstausgabe für den folgenden Tag ohne Zusätze, Besondere, Anzeigen, keine Anzeigen

Nummer 107

Sonabend, mittags 1 bis 4 Uhr
Vorfahrt der Kohle
Naunhof, am 8.

Kleine

- Die Reparaturen eines offiziellen Berichtes über die erste Milliarde von ...
- Der Völkerverbund ganz neuen Plan ...
- Der Kanzler erkl. vermeiden möchte. Berlin wieder auf ...
- Der Belagerungs haben werden.
- Mehrere deutsche Regierung mit dem Reich ...
- Die Kriminalpol. Wörber Erzberger, zielt zu haben.

Das hu

Eine kurze internationale, die die Diskussion für das deutsche Zug ...

so hatte sich hier alle hilflosen politischen Ansehen die Kommunisten in dieser Angelegenheit bald aber gewandt ihrer Mitte aberm Sonderveranstaltungen der damit gegebene ganze Hilfsaktion der Firma eines der Arbeiterhilfe für den 9. September beruft, indem es an hier lediglich um e

Die Frage, ob scheint vor der Sorgen Elementen zusa scheint der gleiche Fundament Neigungen Das allrussische Organisierung aufgelöst w würdig oder nicht, nachprüfen — über gliebet dieses Kom ter wollen sogar in Regierung, so ziem samer Hilfe bereit lung eines Auffan träre, würde der E ihrer ausführenden wieder erhalten. D mit der Verlässlic heute auch auf an würdige Erfahrung amerikanischen Firmen brachte, um mit der kommen, und endg vielen Millionen D trotz der großen O bis jetzt auch nicht

Wir wurden an uns mit Unwahrhe nicht, die russischen Dieben und Hochfl zu machen sei. Es als daß die Kapital der Mann, der d amerikanischen Hand der Handelsbeziehu

Man kann sich gemeine Geseftreud den in Rußland an der bekannte Forche Hilfsbestrebungen g gemischten Hilfsstom löweit, das für Ru greiflich genug, eine und Verteilung der mit aber den Wibe den. Von anderer haupt, daß seine Wünsche der Volk bei der obersten Lei